

Uwe Harms positioniert sich

mit Klötze. Zur Thematik CO₂-Verpressung hat der altmärkische CDU-Landtagsabgeordnete Uwe Harms gestern im Rahmen eines öffentlichen Pressegesprächs nicht nur mündlich Position bezogen, sondern diese auch in großen Lettern geschrieben auf der Wand in seinem Klötzer Wahlkreisbüro zu erkennen gegeben. Noch vor der kommenden Bundestagswahl, so fordert das Landtagsmitglied, soll im Land ein Gesetz auf den Weg gebracht werden, das die CCS-Technologie ausschließt. Hierzu könnte, wie von Grünen und Linken im Landtag beantragt, die sogenannte Länderklausel im bundesdeutschen CCS-Gesetz genutzt werden, die den Bundesländern die Option zum generellen Verbot der CO₂-Speicherung auf ihrem Territorium ermöglicht. Die Landes-CDU hatte am Donnerstag mit Verweis auf weiteren Forschungsbedarf gegen den Antrag gestimmt. Die SPD schloss sich an, um den Koalitionsfrieden zu wahren. Seite 3



Uwe Harms (r.) will sich für ein CCS-Verbotsgesetz einsetzen und tat dies auch an der Wand in seinem Wahlkreisbüro kund. Wer wollte, konnte sich im Anschluss an das öffentliche Pressegespräch an der Wand mit Unterschrift verewigen.

Foto: Mittank



Am Donnerstag im Landtag: Der altmärkische Abgeordnete Uwe Harms kam zum Thema CCS-Technologie zwar nicht zu Wort, suchte aber das Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff, Innenminister Holger Stahlknecht und Wirtschaftsministerin Prof. Dr. Birgitta Wolff.

Fotos (3): Wohlt

Harms für CCS-Verbotsgesetz

Altmärkischer CDU-Abgeordneter positioniert sich in einem Pressegespräch gegen eigene Partei

Von Matthias Mittank

Klötze. Ein CCS-Verbotsgesetz noch vor der nächsten Bundestagswahl im kommenden Jahr. Dafür will sich der CDU-Landtagsabgeordneter Uwe Harms aus Klötze, stark machen. Nachdem der Politiker sowohl während eines Treffens der Bürgerinitiative (BI) „Kein CO₂-Endlager Altmark“ als auch in der Landtagssitzung in der vergangenen Woche kaum beziehungsweise gar nicht zu Wort kam (wir berichteten), positionierte er sich im Rahmen eines öffentlichen Pressegesprächs am gestrigen Montag in seinem Klötzer Wahlkreisbüro nun eindeutig.

Es gäbe, so der Christdemokrat, sehr viele Gründe, die gegen die CCS-Technologie (Carbon Dioxide Capture an Storage, Kohlendioxidverpressung in unterirdischen Gesteinsschichten) sprechen würden, weit mehr als dafür. Dennoch wolle er sich gegenteiligen Meinungen nicht verschließen. „Ich biete mich für jede Versammlung zu diesem Thema an und will auch bewusst Gespräche mit denen führen, die für die CO₂-Verpressung sind“, kündigte Uwe Harms gestern an. Um den Wunsch der Altmärker nach einem CCS-Verbotsgesetz zu unterstreichen, initiierte der Abgeordnete eine Unterschriftenliste, auf der sich im Anschluss an das Gespräch die ers-

ten 20 Personen eintrugen.

Uwe Harms stellt sich mit seinem Vorstoß gegen die eigene Partei, die sich auf Landesebene dafür aussprach, sich der Erforschung der CCS-Technologie nicht verschließen zu wollen. Die CDU hatte am Donnerstag im Landtag gegen einen Antrag von Grünen und Linken gestimmt, die darauf drängten, die so genannte Länderklausel zu nutzen, um eine mögliche CO₂-Verpressung in Sachsen-Anhalt gesetzlich zu verhindern. Daraufhin wurde das Thema zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Neben Uwe Harms nutzten gestern weitere Gegner einer CO₂-Verpressung die Gelegenheit zur Meinungsäußerung. So

hatte BI-Mitglied Dr. Christfried Lenz nach der Landtagssitzung den Eindruck, dass auf Landesebene noch zum Teil erheblicher Informationsbedarf zum Thema CCS bestehe. Er plädierte dafür, dass das Geld, das in die CCS-Forschung – einem „aussichtslosen Projekt“ – gesteckt werde, besser in die erneuerbaren Energien und die Entwicklung von Energiespeichersystemen fließen solle. „Kein Mensch kann sagen, ob das CO₂ in den nächsten 10 000 Jahren im Untergrund bleibt“, so Christfried Lenz. Oberflächensenkungen in der Altmark, die auf Brüche in unterirdischen Gesteinsschichten deuten würden, seien klare Ausschlusskriterien.

Für BI-Mitglied Dr. Ernst Allhoff ist das Thema Forschung nur ein „Scheinargument“. Er stellte die Frage in den Raum, wohin die CCS-Technologie exportiert werden soll. „Die USA und China wenden die Technik bereits seit Jahren an. Für Schwellenländer ist sie zu teuer“, so der Zießauer.

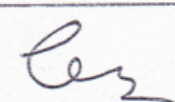
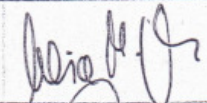
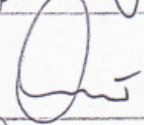
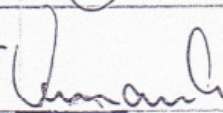
Alice Marianne Krins (Grüne) aus Apenburg rief dazu auf, den öffentlichen Druck zu erhöhen, damit der Gesetzes-Antrag nicht „in den Ausschüssen verschimmelt“ und spätestens im Februar/März wieder auf der Tagesordnung im Landtag erscheint.

Stendals CDU-Kreisverbandsvorsitzender Wolfgang Kühnel kündigte an, Uwe Harms unterstützen zu wollen.

Kopieren erwünscht. Abzugeben bei Uwe Harms Bahnhofstraße 2 Klötze 38486

Wir fordern ein CCS-Verbotsgesetz

Uwe Harms Klötze C. Lenz Apenburg Alice Krins Salzwedel M. Schmidt Günefeld Heinrich Schmauch Beetzendorf

Nr.	Unterschrift	Name	Vorname	PLZ + Ort + Straße + Nr.
01		HARMS	UWE	38486 Klötze Bahnhofstr. 71
02		LENZ	Christfried	38486 Apenburg, Rittleben 8
03		KRINS	Alice	29410 Salzwedel Ernst-Thälmann-Str. 39
04		SCHMIDT	MELISA	39624 Halbe, Dankray 1 OT GÜNEFELD
05		SCHMAUCH	HEINRICH	38489 Beetzendorf Friedrichstr. 15a
06				
07				
08				
09				
10				
11				
12				
13				
14				
15				

Weitere Info's: www.kein-co2-endlager-althaus.de

Bitte benutzen Sie nur dieses Blatt zum Unterschreiben, damit Uwe Harms unterschreiben kann.